



Horst Hohmann

HimmelHerrgottSakrament – eine bunte Nachlese

Viele unserer Leserinnen und Leser werden sich bestimmt erinnern, dass wir in unserer Berichterstattung über die zahlreichen Missbrauchs-Skandale in Chile mehrfach die Absetzung des dortigen Papstbotschafters, des Italieners Ivo Scapolo, forderten. Grund: wiederholter, schwerer Amtsmissbrauch.

Scapolo, der im Juli 2011 von Benedikt XVI. zum Nuntius in Chile ernannt worden war, hatte von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, dass er unter gar keinen Umständen bereit sein würde, sich in Südamerika „fremdbestimmen zu lassen“ (wie es sich laut einer Rede Joseph Ratzingers vom Frühsommer 2010 in der Päpstlichen Diplomatenschule für „Repräsentanten seiner Heiligkeit“ angeblich gehört!).

Briefe wichtiger chilenischer Gremien und Gruppierungen die an „Sr. Exzellenz“ adressiert waren und Scapolo eine Vorstellung über die Anliegen und Befindlichkeiten des katholischen Kirchenvolkes in Chile hätten geben können, blieben in der Regel unbeantwortet. Das Gleiche geschah mit allen Protestschreiben, welche nach der Bekanntgabe der Ernennung von Juan Barros zum neuen Bischof von Osorno ab 2014 an die Nuntiatur abgeschickt worden waren. Weder die Vertreter katholischer Laienverbände aus der südchilenischen Stadt noch drei ehemalige Seminaristen, die in Anwesenheit von Barros vom Priesterausbilder Fernando Karadima sexuell missbraucht worden waren, wurden einer Antwort für würdig befunden. Außerdem weigerte sich Scapolo, die aufgebrachten Bittsteller persönlich zu empfangen. Er bezeichnete die Opfer Karadimas als „Schlangen“.

Letztes Jahr schlug der Italiener „dem Fass vollends den Boden aus“. Noch hatte der von Papst Franziskus für eine Sonderuntersuchung des „Falles Barros“ nach Chile entsandte Erzbischof von Malta, Charles J. Scicluna, seine Arbeit nicht begonnen, als der Nuntius an alle, die von Scicluna als Zeugen vernommen werden sollten (darunter vor allem die Opfer des Sexualverbrechers Karadima), einen Brief schrieb und verlangte, dass ihm noch vor dem Treffen mit dem päpstlichen Sonderermittler eine „Zusammenfassung der jeweiligen Anklagepunkte“ zuzuschicken sei. Die so Angeschriebenen lehnten die Forderung Scapolos unisono ab und erklärten darüber hinaus, dass sie auf keinen Fall zu einer eventuellen Befragung in den Räumlichkeiten der Nuntiatur bereit seien. Dem hinterhältigen Karrierediplomat Ivo Scapolo, so betonten sie, könne man nicht über den Weg trauen. Er sei in Chile längst zu einer „persona non grata“ geworden und sei darum gut beraten, so schnell wie möglich seine Koffer zu packen.

Genau das hat der Italiener jetzt getan. Nicht aber weil ihn Papst Franziskus endgültig gefeuert hätte, wie der Argentinier am 9. Mai 2019 in einem Motu Proprio („Ihr seid das Licht der Welt“) den des Amtsmissbrauchs überführten „Vertuscherbischofen“ angedroht hatte, sondern weil er – zu unser aller Überraschung – zum neuen Nuntius in Portugal ernannt worden war. Einer der jungen Männer, die vom Priesterausbilder Karadima sexuell missbraucht und über mehrere Jahre hinweg erpresst worden waren, hatte Ivo Scapolo vor nicht allzu langer Zeit einen „widerlichen Schmierenskomödianten und elenden Verbrecher“ genannt. Die „Beförderung“ des Italieners nach Portugal betrachtet er als einen Schlag ins Gesicht allerer, die von Scapolo gedemütigt wurden.

*

Seit dem "Hauptstadt-Beschluss" von 1991 haben viele gesellschaftlich relevante Organisationen ihren Sitz nach Berlin verlegt. Auch das höchste Gremium des deutschen Laienkatholizismus hat sich jetzt dafür entschieden.

Begründung für den Standortwechsel, der zum Jahr 2022 erfolgen soll: man will eine größere Nähe zu politischen Entscheidungsträgern. Die politische, mediale und gesellschaftliche "Präsenz" des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (Zuk.) würde durch einen Umzug

des Generalsekretariats nach Berlin deutlich verbessert. "Die Musik spielt oben an der Spree", meint neben manchen anderen Verbandskatholiken auch ZdK-Präsident Thomas Sternberg. Das Präsidium des höchsten Gremiums der katholischen Laien in Deutschland hatte sich bereits mehrheitlich für den Umzug ausgesprochen. Und auch eine "Tendenzabstimmung" im Hauptausschuss des ZdK hatte 18 zu 4 Stimmen für einen Komplettumzug des Generalsekretariats in die Hauptstadt ergeben. Zuletzt hatte auch die Anfang Mai 2019 in Mainz tagende ZdK-Vollversammlung dem Umzug nach Berlin zugestimmt.

Auch wenn mich die Versicherungen aus der ZdK-Chefetage überzeugen, dass der geplante Umzug voraussichtlich mit ganz geringen Kosten verbunden und die bevorstehenden Ausgaben eigentlich im Vergleich mit den von Bischof Tebartz van-Elst in Limburg verpulverten Millionen ein „Kleckerlesbetrag“ seien, werde ich das ungute Gefühl nicht los, dass der Umzug nach Berlin eine wachsende Entfernung zur „kirchlichen Basis“ bedeuten könnte. Soviel lässt sich gerade mit Blick auf den bevorstehenden und verantwortungslos ins Gerede gebrachten „synodalen Weg“ mit ziemlicher Gewissheit sagen: die Impulse für die Reformbeschlüsse des „synodalen Weges“ werden nicht aus dem politischen Berlin kommen, obwohl fromme Abgeordnete natürlich den demnächst im Frankfurter Kaiserdom tagenden „Synodalen“ schon ein paar Takte über die „Geheimnisse des Machtmissbrauchs“ erzählen könnten.

*

Aus dem fernen Australien, wo es noch immer keine endgültige Entscheidung im Prozess gegen den des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen angeklagten Kardinal George Pell gibt, haben die zuständigen Behörden des Bundesstaates Victoria dieser Tage ein Gesetz verabschiedet, das Priester künftig dazu verpflichtet, Fälle von Kindesmissbrauch anzuzeigen, wenn sie davon in der Beichte erfahren.

Daniel Andrews, der Premierminister von Victoria, einem Bundesstaat ganz im Südosten Australiens, brachte in einem Statement gegenüber der Zeitung The Age, seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Strafverfolgungsbehörden seines Bundesstaates niemals Priester auf der Grundlage dieses Gesetzes ins Gefängnis stecken müssten. Hauptanliegen des neuen Gesetzes sei es, so Andrews, dass die Gefahren des Missbrauchs landesweit ernstgenommen und dass Straftaten umgehend zur Anzeige gebracht würden - unabhängig davon, wo und wie man davon erfahren hätte.

Peter Comensoli, Erzbischof von Melbourne, der Hauptstadt des Bundesstaates Victoria, hat mehrfach betont, dass Priester diese Bestimmung nicht beachten dürften. Er selbst sei bereit, ins Gefängnis zu gehen, bevor er das Beichtgeheimnis breche.

In Anbetracht der Tatsache aber, dass geständige Sexualtriebtäter durch eine Beichte nicht automatisch auf den Tugendpfad zurückgeführt werden und folglich weiterhin die akute Gefahr besteht, dass ein junger Mensch durch sie für den Rest seines Lebens zu einem seelischen Wrack gemacht wird, fragt man sich natürlich schon, wieso im Beichtstuhl die Persönlichkeitsrechte eines pädophilen Täters mehr zu achten sind, als das Recht potentieller Opfer auf physische und psychische Unversehrtheit. Ich jedenfalls hätte keinerlei Bedenken, auf Grund einer im Beichtstuhl gewonnenen Erkenntnis Anzeige zu erstatten.

*

Als mir dieser Tage Freunde aus dem Bistum Limburg am Telefon erzählten, dass auf dem dortigen Domberg gerade eine höchst beeindruckende, vorgezogene Weihnachtsbescherung stattgefunden habe, rutschte mir ein boshaftes „Schon wieder?“ heraus.

Beim Geschenk, von dem „an der Strippe“ die Rede war, handelte es sich um zwei funkelnagelneue AUDI 8 (Hybrid-Diesel) mit jeweils 286 PS unter der Haube. Kostenpunkt pro Karosse: 90.600 Euro. Dienstwagen für Bischof Georg Bätzing und für Weihbischof Thomas Löhr.

Privat, das kann ich hier unseren Leserinnen und Lesern schon mal vorweg sagen, sind die beiden Limburger Würdenträger keine Protzer. Bätzing fährt ganz bescheiden einen blauen Peugeot 208, Löhr „orgelt“ in seinem 10 Jahre alten Opel Vectra an der Lahn entlang.

Wir alle wissen, dass ein deutscher Bischof - über den Daumen hinweg - pro Jahr 50.000 und mehr Kilometer fährt und dass dabei der Dienstwagen ein Büro ist, in dem er sich auf die pastoralen Einsätze in den Gemeinden des Bistums vorbereiten kann.

Über die „Altlasten“, die Bischof Franz-Peter Tebartz van-Elst in Limburg zurück ließ, brauchen wir natürlich seinem kaum zu beneidenden Nachfolger keine großen Vorträge halten. Über die stolpert er, zwangsweise, auf Schritt und Tritt. Und schnell heißt es dann z.B. auch hinter vorgehaltener Hand: „Gel, des mit dem AUDI 8, des hät jo nach denne 31 Millione vom Tebartz au net sei müsse!“

Wundern würde es mich nicht, wenn sich von den ganzen Heuchlern, die Franz-Peter Tebartz van-Elst zwischen 2008 und 2014 schulterklopfend zu immer neuen „Heldentaten“ ermutigten, beim lieben Bätzing noch keiner für die mitverursachten Schäden entschuldigt hat.